



Ein Newsletter erstellt im Rahmen des Projekts „JIKO – Entwicklungsphase 2002 – 2004“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH – Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik

Sehr geehrte Leserin,  
sehr geehrter Leser!

das Ringen um die Ratifikation des Kyoto Protokolls durch Russland geht in eine neue Runde: Seit der Einigung zwischen der EU und Russland bei den WTO-Verhandlungen haben optimistische Einschätzungen momentan wieder Konjunktur. Nur die Zeit wird zeigen, ob es diesmal wirklich zu einer Entscheidung kommt oder ob lediglich ein neues Kapitel des seit Monaten andauernden Tauziehens zwischen Befürwortern und Gegnern aufgeschlagen wurde.

Neben dem nicht vorhersehbaren Ausgang dieser für das Klimaregime entscheidenden Frage stehen jedoch auch ganz praktische Themen auf der Agenda, wie unser Bericht über das erste russisch-deutsche JI-Treffen zeigt. Lesen Sie diesen und andere aktuelle Beiträge in dieser Ausgabe. Vielen Dank für Ihr Interesse.

Die Redaktion

## JIKO aktuell

### Linking Directive auf der Zielgeraden

**Der Einbezug der projektbasierten Mechanismen in den EU-Emissionshandel ist in greifbare Nähe gerückt. Nachdem sich das europäische Parlament und der EU-Umweltministerrat im April auf einen Kompromisstext für die so genannte *Linking Directive* geeinigt hatten (JIKO Info berichtete), wird momentan noch an der Abstimmung der verschiedenen Sprachversionen gearbeitet. Auf der nächsten Ratssitzung – voraussichtlich im September – wird die *Linking Directive* dann formell verabschiedet. Nach der Veröffentlichung des Gesetzestextes im offiziellen Amtsblatt der EU verbleiben den Mitgliedstaaten 12 Monate Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.**

Die Umsetzung der *Linking Directive* in nationales Recht wird voraussichtlich nicht bis zum Start des EU-Emissionshandels am 01.01.2005 abgeschlossen sein. Das bedeutet jedoch nicht, dass die projektbasierten Mechanismen nur mit Verzögerungen genutzt werden können. Die in der Richtlinie getroffenen Regelungen bieten sowohl für Unternehmen als auch für CDM/JI-Fonds ausreichende Orientierung für die Auswahl und Entwicklung von Klimaschutzprojekten. Ebenso wenig sind durch noch zu treffende nationale Festlegungen Auswirkungen auf die Projektdurchführung zu erwarten.

*Fortsetzung auf Seite 2.*

## JIKO aktuell

### KfW-Klimaschutzfonds gestartet

**Die KfW Bankengruppe hat am 29. Juni offiziell den KfW-Klimaschutzfonds gestartet und eine erste Ausschreibung für Projekte veröffentlicht. Mit Hilfe des Fonds können Unternehmen auf einfache Weise Zertifikate aus CDM- und JI-Projekten erwerben, um mit diesen ihre Verpflichtungen gemäß dem EU-Emissionshandel zu erfüllen.**

Die erste Bewerbungsrunde ist auf Projekte aus Entwicklungsländern (CDM) ausgerichtet, Projektvorschläge können bis zum 31.10.2004 eingereicht werden. Eine zweite Bewerbungsrunde, die sich vornehmlich an die Staaten Mittel- und Osteuropa (Joint Implementation) wenden wird, folgt in wenigen Monaten.

*Fortsetzung auf Seite 3.*

#### JIKO aktuell

- Linking Directive auf der Zielgeraden
- KfW-Klimaschutzfonds gestartet
- Renewables 2004
- Dt.-russ. JI-Treffen
- CDM-Projekte ohne CDM?

#### JIKO Test

- Klimabewusst fliegen mit „atmosfair“

**JIKO aktuell**

## **Linking Directive auf der Zielgeraden**

*Fortsetzung von Seite 1*

Bei der Umsetzung der Richtlinie auf nationaler Ebene besteht insbesondere bei JI konkreter Regelungsbedarf hinsichtlich des Verfahrens insgesamt sowie bei einzelnen Stationen des Projektzyklus', während für den CDM die Regelungen durch die Marrakesh-Accords und die Folgebeschlüsse des Executive Board bereits weitgehend ausgestaltet sind. Bei JI müssen in erster Linie für das so genannte *JI First Track-Verfahren* konkrete Regeln erlassen werden.

### **Regelungsbedarf für Joint Implementation**

Beim JI First Track Verfahren kann das Gastland weitgehend selber bestimmen, nach welchen Regeln JI-Projekte auf seinem Territorium durchgeführt werden. Es kann angewendet werden, wenn das JI-Gastland sämtliche Teilnahme-kriterien für die flexiblen Mechanismen erfüllt, d.h. zusätzlich zu den Mindestkriterien rechtzeitig jährlich korrekte Emissionsinventare sowie zusätzliche Informationen über den Assigned Amount einreicht. Länder, welche diese Bedingungen nicht erfüllen, müssen den Second Track wählen, der ein internationales Verfahren analog dem Verfahren des CDM beinhaltet. Dieses umfasst u.a. einen festgelegten Projektzyklus sowie die Einrichtung eines JI Supervisory Committee, das ähnlich dem CDM Executive Board die Durchführung der Projekte überwachen wird. Nicht zuletzt müssen Zertifizierungsunternehmen zunächst die Akkreditierung beim Supervisory Committee erlangen, bevor sie JI-Projekte im Second Track zertifizieren können. Der Second Track wird damit im Vergleich zum First Track wahrscheinlich höhere Transaktionskosten mit sich bringen.

Eines der Hauptprobleme des JI First Track ist allerdings genau das Fehlen eines festgelegten Akkreditierungsverfahrens für die Zertifizierer. Die Linking Directive bringt an dieser Stelle auch keine Lösung. Deshalb müssten auf nationaler Ebene ein eigenständiges Akkreditierungsverfahren und Akkreditierungsinstanzen geschaffen werden. Gleichfalls neu zu regeln wären die Rechte und Pflichten der JI-Zertifizierer. Hier könnten Analogien zum CDM – insbesondere in der Haftungsfrage – im Hinblick auf die Verlässlichkeit für Unternehmen und Genehmigungsbehörden sehr nützlich sein.

Grundsätzlich wird man aber in Deutschland wie auch in den anderen Gastländern im First Track vorher die Frage beantworten müssen, ob dieser Weg nicht zu aufwändig ist, und daher das standardisierte Verfahren verwendet werden sollte, das unter dem JI Second Track entwickelt werden wird. Für die Übergangszeit – bis das Supervisory Committee des JI eingesetzt und ein international gültiges Akkreditierungsverfahren entwickelt ist – könnten auch die beim Executive Board des CDM akkreditierten Zertifizierer für den JI zugelassen werden. Mit Blick auf die berechnete Forderung nach vergleichbaren Anforderungen für alle Zertifizierer der projektbezogenen Kyoto-Mechanismen scheint dies eine sehr pragmatische, aufgrund der hohen Akkreditierungsvoraussetzungen beim CDM aber auch die anspruchsvollste Lösung zu sein.

### **JI-Projekte in Deutschland**

Weiterer Regelungsbedarf für den JI First Track besteht für JI-Projekte, die in Deutschland durchgeführt werden. Aus nationaler Sicht steht dabei die verlässliche Prüfung der Zusätzlichkeit im Vordergrund. Mitnahmeeffekte und Doppelförderungen müssen durch ein angemessenes Prüfverfahren ausgeschlossen werden. In den Fällen, in denen ein Projekt bereits öffentlich gefördert wird (z.B. EEG, steuerliche Anreize oder direkte Förderungen), sollte geklärt werden, ob eine Kombination mit JI noch einen weiteren Klimanutzen erbringt. Werden tatsächlich zusätzliche Anstrengungen zur Erreichung weiterer Emissionsminderungen unternommen, wäre es ein fatales Signal, solche Projekte aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich von JI auszuschließen. Es sollte vielmehr ein entsprechender Additionalitätstest entwickelt werden, um jeweils im Einzelfall überprüfen zu können, inwieweit durch ein Projekt ein zusätzlicher Klimanutzen erfolgt oder nicht.

Ein wesentlicher Punkt bei JI-Projekten, bei denen Deutschland Investorland ist, ist die Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung. Diese wurde weder durch die Marrakesh-Accords noch jetzt durch die Linking Directive ausgestaltet. Beim CDM besteht die wesentliche Funktion der Öffentlichkeitsbeteiligung darin, nicht vorhandene Partizipationsrechte der lokalen Bevölkerung auszugleichen. Die öffentliche Auslegung der Projektdokumente und die Kommentierungsmöglichkeit auf der Ebene des Executive Board dienen vor allem dazu, die klimapolitische Integrität der Projekte international sicherzustellen. Für JI-Projekte bestehen diese Erfordernisse allerdings so nicht, da im Gegensatz zum CDM bei JI keine zusätzlichen

Zertifikate generiert, sondern lediglich bereits existierende Zertifikate vom Konto des Gastlands auf das der ProjektdurchführerInnen umgebucht werden. Trotzdem besteht ein öffentliches Interesse an Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten. Die Niederlande beispielsweise entsprechen seit ERUPT 4<sup>1)</sup> diesem Interesse. Aus Sicht der ProjektentwicklerInnen ist es notwendig, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung die Projektumsetzung nicht weiter verzögert. Beiden Interessen könnte man dadurch gerecht werden, dass die Beteiligungsmöglichkeiten auf der Basis des PDD (engl. *Project Design Document*) während der Validierungsphase erfolgt und Projektentwickler und Validierer zu einer Stellungnahme verpflichtet sind. Die Dokumente sollten wie beim Executive Board des CDM der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich sein.

Für die Umsetzung der Linking Directive sind auch noch weitere Details zu klären. Von besonderer Bedeutung dürfte sein, wie national der bereits für das Jahr 2006 vorgesehene Review-Prozess für die Überarbeitung des EU-Emissionshandels und den Einbezug der projektbasierten Mechanismen vorbereitet wird. Im Vordergrund stehen hierbei die Regeln für Senkenprojekte im CDM und JI sowie für den Projekttyp „Nationale Ausgleichsprojekte“. JIKO Info wird in der nächsten Ausgabe über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens berichten.

TF

## JIKO aktuell

### KfW-Klimaschutzfonds gestartet

*Fortsetzung von Seite 1*

Der KfW-Fonds richtet sich insbesondere an die Unternehmen der Energiewirtschaft und aus der Industrie, die in Deutschland mit der Einführung des EU-Emissionshandels ihre CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen bis zum Jahr 2012 auf 495 Mio. t CO<sub>2</sub> reduzieren müssen. Für die deutsche Energiewirtschaft, die seit 1999 wieder einen deutlich steigenden Emissionstrend (+22,4 Mio. t CO<sub>2</sub>) aufweist, aber auch für

Industrieunternehmen bietet der EU-Emissionshandels mit der Einbeziehung der Kyoto-Mechanismen die Möglichkeit, die Minderungsverpflichtungen auch durch Maßnahmen in Drittstaaten zu erreichen. Für viele Unternehmen ist es aber nicht zweckmäßig eigene Auslandsprojekte durchzuführen. Sie erhalten jetzt durch den CDM-/JI-Fonds die Chance, ebenfalls kostengünstig Zertifikate aus CDM- und JI-Projekten zu erwerben.

Deutsche aber auch europäische Unternehmen können bis zum Jahresende an dem Beschaffungsprogramm teilnehmen. Die KfW erwirbt die Zertifikate treuhänderisch und leitet sie entsprechend ihrem Anteil am Programm an die Unternehmen weiter. Die Unternehmen können die CDM/JI-Zertifikate dann in EU-Zertifikate umtauschen und mit diesen ihre Verpflichtungen gemäß dem EU-Emissionshandel erfüllen.

InteressentInnen finden die Einzelheiten des CDM-/JI-Fonds der KfW unter <http://www.kfw.de/DE/Die%20Bank/AktuellesausderKfW/KfW-Klimas2/Kaufprogra23/Inhalt.jsp>.

TF

## JIKO aktuell

### Renewables 2004 – Wichtige Rolle für CDM und JI beim Ausbau der Erneuerbaren Energien

**Vom 1.-4. Juni fand in Bonn die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien statt, zu der Bundeskanzler Schröder auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (2002) eingeladen hatte. Bundesregierung wie Zivilgesellschaft bezeichneten die Konferenz als Erfolg und hoffen auf neue Impulse für den Ausbau erneuerbarer Energien. Auch die projektbasierten Mechanismen CDM und JI wurden intensiv als ein Mittel zur Erreichung einer nachhaltigen Energieversorgung diskutiert.**

1) ERUPT (*Emission Reduction Unit Procurement Tender*) ist ein Ankaufprogramm der niederländischen Regierung, [www.carboncredits.nl](http://www.carboncredits.nl)

Nach Johannesburg hatten viele Beobachter große Hoffnungen in diese Konferenz als neues Modell der internationalen Kooperation gesetzt. Im Sinne der auf dem Weltgipfel gegründeten „Johannesburg Renewable Energy Coalition“ sollten sich hier die politisch wohlmeinenden Staaten treffen, um gemeinsam über Johannesburg hinausgehende Zielsetzungen zu verabreden. Dieses Modell eines „Multilateralismus minus X“ wurde jedoch nur teilweise verwirklicht. Gerade bei dem zentralen Abschlussdokument, der politischen Erklärung, setzte die Bundesregierung dann doch auf eine Einigung unter allen 154 teilnehmenden Staaten. Diese spiegelt denn auch den kleinsten gemeinsamen Nenner wider und enthält kaum belastbare Aussagen zu konkreten Zielsetzungen oder politischen Maßnahmen.

Es wurden jedoch nicht nur Zielformulierungen getroffen, sondern auch finanzielle Zusagen gemacht. So versprach Bundeskanzler Schröder 500 Millionen Euro für die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite durch die KfW ab 2005 zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz in südlichen Ländern. Allerdings wechselten auch hier Licht und Schatten. Die Weltbank versprach beispielsweise eine Steigerung der finanziellen Förderung erneuerbarer Energien und von Energieeffizienzmaßnahmen um jährlich 20% in den kommenden fünf Jahren – eine von der Weltbank selbst in Auftrag gegebene Studie empfiehlt hingegen den vollständigen Ausstieg aus der Förderung fossiler Energieträger im gleichen Zeitraum. Die jetzt vorgesehene Regelung würde hingegen nicht einmal eine Rückkehr auf das Förderniveau von Anfang der 1990er Jahre gewährleisten.

Das Thema CDM und JI nahm insbesondere in den Runden, die speziell der Finanzierung der erneuerbaren Energien gewidmet waren, einen breiten Raum ein. Von zahlreichen Akteuren wurde die Auffassung vertreten, dass der Markt mobilisiert werden müsse, um die Erneuerbaren in größerem Umfang verbreiten zu können, und dass CDM und JI dabei eine wichtige Rolle spielen könnten. Auch auf den *side events* und sonstigen Aktivitäten rund um die Renewables wurde das Potential von CDM und JI, die Energiewende zu befördern, diskutiert.

Entsprechend spielen CDM und JI auch im Aktionsprogramm eine Rolle. So kündigte etwa die Europäische Investitionsbank eine *Climate Change Financing Facility* mit einem Umfang von 500 Mio. Euro an, die von europäischen Unternehmen eingespeist und von denen 100 Mio. in CDM

und JI investiert werden sollen. Ebenso stellte sie einen weiteren Fonds vor, der sich speziell CDM und JI widmen soll. Einige der südlichen Länder, die sich im Aktionsprogramm Ausbauziele für die Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt haben, wie etwa Ägypten und Peru, wollen diese explizit auch unter Zuhilfenahme von CDM und JI erreichen.

Insgesamt wird das Aktionsprogramm durch den Monitoring-Mechanismus aufgewertet, demzufolge die Umsetzung aller dort vermerkten Aktivitäten von der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) überprüft werden wird.

Der erhoffte Impuls für eine Institutionalisierung der Förderung erneuerbarer Energien auf internationaler Ebene fiel jedoch nur schwach aus. Zwar forderten einige Staaten – wie auch das parallel stattfindende Parlamentarierforum – die Einrichtung einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien als „globaler Impulsgeber“ (Bundeskanzler Schröder). Geeinigt wurde sich aber schließlich auf die Einrichtung eines *global policy network*, in dem neben den Staaten auch eine Reihe von Interessengruppen vertreten sind, um den Austausch von Informationen und Erfahrungen bei der Anwendung und Entwicklung von erneuerbaren Energien zu fördern.

Um die Bonner Konferenz nicht zu einem einmaligen Ereignis werden zu lassen, einigte man sich darauf, den begonnenen Dialog auf dem übernächsten Treffen der CSD fortzusetzen und dort über eine Folgekonferenz zu entscheiden. Auch dies ist ein zwiespältiges Ergebnis, hatten viele doch gerade angesichts der Schwäche der CSD auf die Etablierung eines separaten politischen Prozesses gehofft.

Dennoch hat die Bonner Konferenz trotz der gegenwärtig national wie international abnehmenden Bedeutung von Umweltthemen Aufbruchstimmung ausgelöst. Denn es wurde kaum – wie oftmals in den Klimaverhandlungen – um zu übernehmende Lasten, sondern über Chancen diskutiert: Chancen, die ländliche Bevölkerung mit Strom zu versorgen und damit zur Armutsbekämpfung beizutragen. Chancen aber auch für eine größere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und damit einhergehende sicherheitspolitische Vorteile. Auch wenn die unmittelbare Wirkung der Konferenz marginal sein wird, so wurde doch die Vision eines solaren Zeitalters für alle Teilnehmer deutlicher.

JIKO aktuell

## Deutschland und Russland vereinbaren verstärkte Kooperation bei JI-Projekten

**Am 24. Mai hat in Berlin auf Einladung des Bundesumweltministeriums das erste deutsch-russische JI-Treffen stattgefunden. Zu den Teilnehmenden gehörten Vertreter-Innen deutscher und russischer Unternehmen, der Moskauer Stadtverwaltung sowie des russischen JI-Committee. Beide Seiten betonten auf der Veranstaltung ihr ernsthaftes Interesse, gemeinsame JI-Projekte durchzuführen. Das Treffen gipfelte in der Verabschiedung eines Kooperationsabkommens, das u.a. die Erstellung einer Liste mit möglichen russischen JI-Projekten vorsieht.**

Auf dem Treffen wurde deutlich, dass beide Seiten ein ernsthaftes Interesse an gemeinsamen Joint Implementation-Projekten haben. Russland geht es dabei nicht nur um die Veräußerung der Emissionszertifikate, sondern auch um die Gewinnung von Kooperationspartnern.

Eines der Hauptprobleme ist jedoch, bei den einzelnen Projekten die wirtschaftlichen Interessen auf beiden Seiten miteinander in Einklang zu bringen. Auch wünschen sich viele Investitionspartner eine frühzeitige Absicherung der Berechtigung, im Rahmen von Joint Implementation Zertifikate zu generieren. Aufgrund der Verschleppung des Ratifikationsprozesses des Kyoto-Protokolls sind jedoch die Aufgaben der staatlichen Verwaltung nicht definiert und Kompetenzen nicht zugewiesen worden. Investoren wie auch die zuständigen Stellen der Investorstaaten sehen sich einer Vielzahl von Gesprächspartnern gegenüber, die jedoch eine Unterstützung und Anerkennung von Projekten – selbst unter Vorbehalt der ausstehenden Ratifikation des Kyoto-Protokolls – nicht leisten können. Ohne sichtbare Fortschritte in den institutionellen Beratungen von Regierung und DUMA wird das Interesse an Russland als JI-Gastland verloren gehen.

Mit dem Ziel, den Stillstand zu überwinden, wurde auf dem Treffen auf der Arbeitsebene ein Kooperationsabkommen zwischen dem deutschen Umweltministerium (BMU) und

dem russischen JI-Committee getroffen. Als erster Schritt dieses Abkommens soll in den nächsten Monaten eine „Projekt-Pipeline“ für den EU-Emissionshandel aufgebaut werden. Hierbei geht es vor allem darum, das Potenzial und die Investitionsmöglichkeiten in Projekte aufzuzeigen, aus denen man Emissionsrechte erwerben kann. Es soll auch geklärt werden, inwieweit die Projekte durch den russischen Staat mit einer rechtsverbindlichen Aussage zur Durchführbarkeit im Rahmen von JI unterstützt werden. Letztendlich können diese Bemühungen natürlich nur Erfolg haben, wenn Russland das Kyoto-Protokoll ratifiziert.

Die innerrussische Diskussion der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls wird von der Frage des ökonomischen Nutzens bestimmt. Seit der Einigung der EU und Russlands bei den WTO-Verhandlungen sind zwar ausgesprochen ermutigende Signale des russischen Präsidenten zu vernehmen, gleichwohl wird von anderen russischen Repräsentanten die Ratifikation des Protokolls weiterhin mit ökonomischen Kalkülen verknüpft.

### **Kyoto-Gegner fürchten ökonomische Risiken**

Die Kyoto-Gegner tragen die Befürchtung vor, dass durch einen lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung Russland bereits 2012 oder spätestens 2020 seine bisher überschüssigen Emissionszertifikate selbst in Anspruch nehmen müssen. Selbst unterstellt, Russland würde tatsächlich ein energieexzessives Wirtschaftswachstum aufweisen, bleibt in dieser Argumentation jedoch vollkommen unberücksichtigt, welche Rolle die zumindest in der 1. Verpflichtungsperiode (2008/12) nicht benötigten Zertifikate ökonomisch spielen könnten, d.h. wie durch den Verkauf der Zertifikate zusätzliche Investitionsbeiträge für die Erneuerung des russischen Energiesektors gewonnen werden können und dadurch eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieintensität eingeleitet werden kann. Selbst bei einer sehr konservativen Betrachtungsweise liegt das Emissionsminderungspotenzial jährlich bei mindestens 400 Mio. t CO<sub>2</sub>-Äquivalenten.

Aus russischer Sicht besteht dabei allerdings ein Problem in der weltweit ungenügenden Nachfrage nach Emissionszertifikaten. Nach der Ankündigung der USA, das Kyoto-Protokoll nicht zu ratifizieren, fällt hier einer der bedürftigsten Nachfrager nach Emissionsrechten auf nicht absehbare Zeit weg. Selbst nach einem Wechsel in der US-Administration

im Herbst diesen Jahres würde es dem neuen Präsidenten schwer fallen, die Versäumnisse der letzten Jahre in der nationalen Klimaschutzpolitik aufzuarbeiten. Die Folge ist, dass Russland auf die Nachfrage der EU, Kanadas und Japans angewiesen ist. Hier besteht hinsichtlich des Umfangs der Nachfrage große Skepsis.

Die dargestellten ökonomischen Risiken, die Russland durch eine Ratifikation des Kyoto-Protokolls entstehen könnten, können außerhalb Russlands nur sehr begrenzt nachvollzogen werden. Vielmehr drängt sich der Eindruck einer Selbstblockade politisch relevanter Entscheidungsträger auf, die auf scheinbar plausiblen, aber nicht belastbaren Argumentationen gründet. Inwieweit nun die Blockade durch die jüngsten Äußerungen des russischen Präsidenten überwunden wird, ist eine Frage der nächsten Monate und nicht von Jahren.

In dieser Situation können sich aber die Kyoto-Ratifikationsstaaten nicht auf Abwarten beschränken. Die Aufgabe besteht aktuell darin, die Diskussion über Nutzen, Kosten und Pflichten des Kyoto-Protokolls zu versachlichen und zu einer rationalen Bewertbarkeit für die russischen Entscheidungsträger beizutragen. Das bedeutet auch, klarzustellen, dass auch Russland seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss.

### Interesse an JI-Projekten

Während die Nachfrage nach staatlichen Emissionszertifikaten (AAUs) erst in der Schlussphase der 1. Verpflichtungsperiode 2008/12 in einigen EU-Mitgliedsstaaten politische Notwendigkeit werden könnte, werden die Interessen an Joint Implementation-Projekten aber bereits jetzt sichtbar. Bei Joint Implementation-Projekten entfällt zumindest das in der russischen Sichtweise bestehende Problem des Eigenbedarfs an Emissionszertifikaten, denn die Zertifikate entstehen durch die validierten und verifizierten Emissionsminderungen, die durch die JI-Projekte erreicht werden. Neben den staatlichen Ankaufprogrammen entsteht gerade durch die vom EU-Emissionshandel erfassten Unternehmen ein nicht zu unterschätzendes Nachfragepotenzial nach Zertifikaten aus den projektbezogenen Kyoto-Mechanismen. Insofern könnte Russland durchaus vom EU-Emissionshandel profitieren. Die Investitionen im Rahmen von Joint Implementation können einen wichtigen Beitrag zur Erneuerung des russischen Energiesektors leisten. Die Finanzierungsanteile der Emissionszertifikate könnten bei den Projektkategorien allerdings recht unterschiedliche Höhen er-

reichen, so beispielsweise bei Erneuerbaren Energien 5-20%, bei Energieeffizienz 10-30%, Energieträgerwechsel 10-20% oder bei Methan bis zu 50%. Selbst bei einer vorsichtigen Beurteilung hat Joint Implementation damit gute Chancen, bei jedem neuen Energieprojekt in Ländern, die einen erheblichen Erneuerungsbedarf in der Energiewirtschaft aufweisen, zu einem der Schlüsselfaktoren der Investitionsfinanzierung zu werden.

Für Russland liegt aber das eigentliche und vielleicht noch nicht ausreichend erkannte Problem in der Zeitachse des Kyoto-Protokolls. Mit weiteren Verzögerungen schließt sich das Zeitfenster für die erste Verpflichtungsperiode. Von einem mehrjährigen Projektvorlauf ausgehend, verbleiben gegenwärtig noch gut drei Jahre bis 2008 – dem Zeitpunkt, ab dem JI-Emissionszertifikate regulär gewonnen werden können. Aber diese Zeitspanne täuscht: Zum einen besteht Konkurrenz zu anderen Anbietern in Mittel- und Osteuropa – und nicht zuletzt auch zu den Entwicklungsländern, in denen bereits heute CDM-Zertifikate generiert werden können. Zum anderen verschärft sich die Wettbewerbslage für Russland zusätzlich durch die schwierigen Investitionsbedingungen, auch wenn diese natürlich nur in wenigen Ländern als günstig zu bezeichnen sind.

### TF

Ansprechpartnerin für das deutsch-russische Kooperationsprojekt ist in der Deutschen Energie-Agentur Frau Dr. Petra Opitz, E-Mail: [opitz@deutsche-energie-agentur.de](mailto:opitz@deutsche-energie-agentur.de)

Ansprechpartner für die JI-Zusammenarbeit mit Russland im BMU ist Herr Thomas Forth, E-Mail: [thomas.forth@bmu.bund.de](mailto:thomas.forth@bmu.bund.de)

## JIKO aktuell

### CDM-Projekte ohne CDM?

**Die mit dem Genehmigungsverfahren des CDM verbundenen Transaktionskosten sind derzeit noch derart hoch, dass insbesondere Kleinprojekte vielfach vor unüberwindliche Hürden gestellt sind. Eine Gruppe von entwicklungs- und klimapolitischen Akteuren diskutiert daher derzeit die Möglichkeit, Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern zwar in Anlehnung an das CDM-Verfahren, aber ohne dessen bürokratischen Überbau, durchzuführen.**

Hauptträger dieser Initiative sind zur Zeit 500ppm, das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv, das Nordelbische Missionszentrum, der Zukunftsrat Hamburg sowie das Büro Porschke, Umwelt – Entwicklung – Kommunikation. Erste Ergebnisse dieser Überlegungen wurden am 7./8. Juni in Hamburg auf der internationalen Konferenz „Climate Protection as Development Opportunity“ vorgestellt.

Kleinprojekte bringen oft einen besonders hohen sozio-ökonomischen und ökologischen Nutzen und erfüllen damit in besonderer Weise die Zielsetzung des CDM, die nachhaltige Entwicklung der Gastländer zu befördern. Sie stehen aufgrund der derzeit noch hohen Transaktionskosten des CDM jedoch vor enormen Problemen. Die Grundidee der Initiative ist daher, hochwertige Klimaschutzprojekte in Anlehnung an das CDM-Verfahren, aber ohne dessen bürokratischen Überbau durchzuführen.

Dieser Ansatz ist im Prinzip nicht neu. Bereits seit längerem existiert ein Markt für so genannte Verified Emission Reductions (VERs), mit denen die Käufer auf freiwilliger Basis juristisch nicht geregelte Emissionen – wie etwa die von Veranstaltungen oder die des Flugverkehrs – kompensieren können. Die neue Initiative will sich von diesen Angeboten u.a. dadurch unterscheiden, dass sie einen besonders hohen Standard etabliert. Das Verfahren soll daher auf Basis des von den Nichtregierungsorganisationen entwickelten CDM Gold Standards entwickelt werden.

Hauptschwierigkeiten dabei sind die Registrierung der erzielten Emissionsreduktionen sowie die Überprüfung der Projekte und der Emissionsreduktionen, die beim CDM von speziell akkreditierten Zertifizierungsunternehmen (den so genannten *Operational Entities*) durchgeführt werden. Beide Punkte sind beim CDM sehr kostenintensiv. Um dem ersten Problem zu begegnen, wird derzeit überlegt, ein öffentliches Register bei einer nicht-kommerziellen Institution anzulegen. Zur Prüfung von Projekten und den erzielten Emissionsreduktionen wird überlegt, die Überprüfung kostengünstig durch lokale Organisationen wie Mikrokreditbanken, wissenschaftliche Institute, lokale Beratungsunternehmen, Kirchen oder Nichtregierungsorganisationen durchführen zu lassen.

Derzeit sind die Initiatoren dabei, das Potential dieser Initiative mit Vertretern aus Wirtschaft und Regierung zu diskutieren. Sie könnte insbesondere dann interessant werden, wenn

sich herausstellen sollte, dass es nicht möglich ist, den CDM für Kleinprojekte handhabbar zu machen. Die Probleme, die damit verbunden sind, einen glaubwürdigen und gleichzeitig kostengünstigen Mechanismus zur Qualitätssicherung und Registrierung der Emissionszertifikate zu etablieren, sollten jedoch nicht unterschätzt werden. Auch ist unklar, welche klimapolitischen Implikationen es hätte, auf diese Weise einen „Parallel-CDM“ zu entwickeln.

Das auf der Hamburger Konferenz vorgestellte Papier „Paths to Facilitate Mini and Micro Compensation Projects“ kann im Internet heruntergeladen werden unter: <http://www.goldcdm.net/Papers.297.0.html>.

WSI

## JIKO Test

### Klimabewusst fliegen mit „atmosfair“

**Am 22.6. startete die Initiative „atmosfair“. Ziel ist es, Flugreisende dazu zu bewegen, über einen Aufpreis auf ihr Flugticket CDM-Projekte zu finanzieren, mit denen die durch ihren Flug anfallenden Treibhausgasemissionen kompensiert werden.**

Träger der Initiative sind das Forum Anders Reisen, ein dem nachhaltigen Tourismus verschriebener Unternehmensverband, die Nord-Süd-Initiative Germanwatch sowie 500ppm, ein auf Kompensationsprojekte spezialisiertes Privatunternehmen. Die Initiative wird derzeit noch vom Bundesumweltministerium unterstützt, „atmosfair“ soll aber schon bald in eine eigenständige Non-Profit-Organisation umgewandelt werden.

In letzter Zeit mehrt sich die Zahl von Unternehmen, welche die Kompensation von Treibhausgasemissionen anbieten. Dies erfolgt immer nach dem gleichen Muster: Die zu kompensierenden Emissionen werden berechnet und auf dieser Basis wird eine Abgabe bezahlt, mit der wiederum Klimaschutzprojekte – meist in Entwicklungsländern – unterstützt werden. „atmosfair“ richtet sich nun speziell an diejenigen, die nicht auf ihre Flugreisen verzichten können oder wollen, sich aber gleichzeitig der daraus entstehenden Klimawir-

kung bewusst sind. Als Preiszuschlag für ein so genanntes „atmosfair-ticket“ werden 15 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> (ohne MwSt) angesetzt.



Um mit gutem Beispiel voranzugehen, plant Umweltminister Trittin, die Dienstflüge des Bundesumweltministeriums sowie seiner nachgeordneten Behörden ebenfalls über „atmosfair“ zu kompensieren. Dies ist allerdings noch nicht in trockenen Tüchern, sondern hängt noch von Haushaltsfragen ab. Der Minister hofft, dass bis Mitte nächsten Jahres alle Voraussetzungen für die Kompensation der Dienstflüge gegeben sein werden.

Kompensiert werden die Emissionen bisher mit Klimaschutzprojekten in Brasilien und Indien. In Brasilien wird die Universität von Rio de Janeiro ihren Abfall zur eigenen Stromerzeugung nutzen. Dadurch werden zum einen die Mülldeponien entlastet, d.h. Methan-Emissionen werden reduziert, und zum anderen kann ein Teil des Strombedarfs aus dem eigenen Kraftwerk gedeckt werden. Dieses Projekt wurde von dem südlichen Netzwerk *South-South-North* entwickelt. In dem indischen Projekt, das von der GTZ entwickelt wurde, wird die Ausrüstung von zehn Großküchen mit solarthermischen Anlagen unterstützt. Bisher bezogen diese Großküchen ihren Energiebedarf hauptsächlich aus der Verbrennung von Diesel oder Holz. Neben der Emissionsreduktion wird durch die vermiedene Rauchbelastung auch ein Gesundheitsnutzen erzielt und zudem die Abholzung der umliegenden Wälder vermindert. Ein zusätzlicher Projektkandidat befindet sich in Südafrika. Dort soll das Modellprojekt Kuyasa von *South-South-North*, das Häuser mit Solaranlagen, Dämmplatten und Energiesparlampen ausrüstet, unterstützt werden.

Die Projekte sollen neben der reduzierten Klimawirkung auch höchsten Umwelt- und Sozialstandards entsprechen. Daher handelt es sich um CDM-Projekte, die nach dem von den Nichtregierungsorganisationen entwickelten Gold Standard zertifiziert werden sollen. Die Projektdokumentationen sind bereits beim CDM Executive Board eingereicht bzw. sind in Vorbereitung.

„atmosfair“ betont, dass das Kompensieren von Flugemissionen nur der zweitbeste Weg sei. Nach Möglichkeit sollten Flüge ganz vermieden werden. Dementsprechend seien eine allgemeine Kerosinsteuer oder das Einbeziehen des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel wirksamere Instrumente als die Kompensation, da sie Fliegen generell unattraktiver machen. Um Alternativen zum Fliegen aufzuzeigen, wird für Nachtzüge und Videokonferenzen als Ersatz für Dienstreisen geworben. Auch für Alternativen zum Ferienflug ist gesorgt: Etwa 20% der im Forum Anders Reisen organisierten Unternehmen verzichten vollständig auf Flugreisen und bieten Reisen „mit Kontakt zur Erde“ an.

Mehr Informationen sind im Internet zu finden unter [www.atmosfair.com](http://www.atmosfair.com).

MB

## JIKO Nachrichten

### **KfW und Hessisches Umweltministerium starten Pilotkauf von JI- & CDM-Zertifikaten**

Das hessische Umweltministerium und die KfW Bankengruppe rufen im Vorfeld des EU-Emissionshandels und der Umsetzung des Kyoto Protokolls zur Einreichung von Investitionsvorhaben auf. Ziel ist der Pilotkauf von CO<sub>2</sub>-Emissionsgutschriften aus CDM und JI. Dabei sollen wichtige Erfahrungen im gesamten Ablauf der Generierung und Anerkennung von Emissionsgutschriften für die Praxis gewonnen werden. Bewerben können sich bis zum 31.10.2004 Unternehmen mit Investitionsvorhaben aus den Bereichen rationelle Energieverwendung, effiziente Nutzung fossiler Brennstoffe in Kraftwerken sowie regenerative Energien.

Nähere Informationen sind abrufbar unter

<http://www.kfw.de/DE/Die%20Bank/AktuellesausderKfW/KfW-Klimas2/Kaufprogra23/Inhalt.jsp>.

---

### **Niederlande und Weltbank veröffentlichen Leitfaden zur Zusätzlichkeit**

Die Frage der Zusätzlichkeit von Projekten ist eine der zentralen und meist umstrittenen Fragen beim CDM. Bei den Projekten, die vom Executive Board abgelehnt oder zur Überarbeitung zurückverwiesen worden sind, war die Behandlung der Zusätzlichkeit fast immer einer der zentralen Kritikpunkte. Die niederländische Regierung hat nun in Zusammenarbeit mit der Weltbank ein Papier herausgegeben, das einen Entscheidungsweg vorschlägt, um die Zusätzlichkeit zufrieden stellend zu überprüfen. Es ist einsehbar unter

[http://www2.vrom.nl/docs/internationaal/proposal\\_on\\_CDM%20Additionally%20Tests.pdf](http://www2.vrom.nl/docs/internationaal/proposal_on_CDM%20Additionally%20Tests.pdf).

---

### **Deutsche Energie-Agentur weitet Russland-Aktivitäten aus**

Die Nutzung der Klimaschutzpotenziale in der Moskauer Energiewirtschaft ist das Ziel einer aktuellen Kooperation der Deutschen Energie-Agentur mit dem russischen Joint Implementation Committee und dem Energiedepartment der Stadt Moskau zur Entwicklung von JI-Projekten. Deutschen Unternehmen sollen Möglichkeiten eröffnet werden, ihre inländischen Klimaschutzaktivitäten auf wirtschaftlich effiziente Weise zu ergänzen.

Lesen Sie hierzu auch den Artikel auf Seite 5.

---

### **20. Tagung der Nebenorgane des Klimaregimes in Bonn**

Vom 16.-25. Juni tagten in Bonn die Nebenorgane der Klimarahmenkonvention, der *Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice* (SBSTA) und der *Subsidiary Body for Implementation* (SBI). Im Vordergrund der Beratungen standen Fragen der Methodologien, darunter Small-Scale-Projekte unter dem CDM, *good practice*-Beispiele für Senkenprojekte sowie vorbereitende Arbeiten für das 10. Treffen der Vertragsstaaten in Buenos Aires im Dezember.

Ausführliche Informationen über das Treffen der Nebenorgane können abgerufen werden unter <http://unfccc.int/sessions/sb20/index.html>.

## Impressum

**Herausgeber:** Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal

**Verantwortlich für den Inhalt:** Dr. Wolfgang Irrek, Forschungsgruppe Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Tel. 0202-2492-164

**Redaktion:** Wolfgang Sterk (WSt), Thomas Forth (TF), Maike Bunse (MB), Bernd Brouns (BBR), Christof Arens (Schlussredaktion)

**Bezug:** JIKO Info wird ausschließlich elektronisch versandt. Die Aufnahme in den Verteiler ist kostenlos.

### **Bezugsadresse im Internet:**

<http://www.wupperinst.org/Projekte/Klima/JIKO-Info/1078-formular.html>

**Layout:** in\_form, Wuppertal

JIKO Info informiert über aktuelle Entwicklungen im Politikfeld „projektbasierte Mechanismen in Deutschland“. Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „JIKO – Entwicklungsphase 2002 – 2004“ am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH ([www.wupperinst.org/jiko](http://www.wupperinst.org/jiko)) erstellt. Die Redaktion arbeitet unabhängig von der JI-Koordinierungsstelle im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

JIKO Info erscheint vierteljährlich und in Sonderausgaben.